

BUNDESFACHAUSSCHUSS 11

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

03.06.2023

Emissionen in der Landwirtschaft

Dustin Runschke

Mitglied im BFA 11

Die EU-Kommission sieht eine Verschärfung der EU-Industrieemissionsrichtlinie vor. Davon werden in Zukunft auch viele Landwirte negativ betroffen sein.

Durch die Verschärfung der Richtlinie sollen in Zukunft auch Schweine und Geflügelbetriebe sowie erstmals auch Rinderbetriebe, mit mehr als 150 Großvieheinheiten, fallen. Dabei sollen strengere Grenzwerte für Schadstoffemissionen angewendet werden.

Dies würde erneut zu einem hohen bürokratischen Aufwand für Landwirte führen, da neue Genehmigungen erforderlich sind. Nachdem viele Landwirte kürzlich ihre Ställe umgebaut haben, um mehr Tierwohl zu ermöglichen, fallen nun erneut Kosten für die Landwirte an. Gerade in diesen Zeiten, wo viele Preise für die Landwirte ohnehin gestiegen sind (Futter, Energie, Diesel, etc.) ist es für viele Betriebe eine enorme Belastung. Im Gegenzug zu den gestiegenen Preisen, ist der Milchpreis jedoch gefallen. Auch die Schweinebauern haben immer noch mit den Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest, zusätzlich zu den gestiegenen Preisen, zu kämpfen.

Auch die psychische Belastung auf die Landwirte nimmt dadurch weiter zu. Sie müssen immer neue Auflagen erfüllen und diese auch finanzieren. In weiten Teilen der Bevölkerung stehen Landwirte ohnehin als Sündenböcke da, was vielen ein negatives Image verschafft, dass sie nicht verdient haben. Man darf auch nicht vergessen, dass Landwirte auch am Artenschutz beteiligt sind und somit ohnehin gefährdete Rassen es so noch schwerer haben.

Bündnis Deutschland fordert die Aufnahme der Landwirte in die Richtlinie der Industrieemissionen zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren. In der derzeitigen schwierigen Situation, wäre es ein Fehler den Landwirten noch mehr abzuverlangen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.